

Bildungsgerechtigkeit und demokratische Schule

Ein Schreibgespräch

Hans Brügelmann

Anne Volkmann

Der Pädagoge und Bildungsforscher Hans Brügelmann im Gespräch mit Anne Volkmann über die Schule als Medium gesellschaftlicher Interventionen (Bildungsgerechtigkeit) und die Schule als Medium demokratischer Teilhabe und

A.V.: *Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft nimmt zu. Trotz Abschaffung der Hauptschule oder der Weiterentwicklung zum Zweisäulenmodell bleibt die Chancengleichheit eine Wunschvorstellung. Was läuft falsch?*

H.B.: Es gibt immer noch zu viele Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Auf dem Bildungsgipfel 2009 hatten Bund und Länder versprochen, die Quote von 8 % bis 2019 zu halbieren – aber 2019 waren es immer noch knapp 7 %. Und viele andere erleben sich in der Schule eher als nicht willkommen, sie erhalten keine Hilfe bei Schwierigkeiten oder müssen damit leben, dass das, was sie Besonderes können und wissen, keine Rolle spielt. So werden Potenziale verschenkt, und zwar vor allem von jungen Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Seit den 1960er-Jahren, bis PISA 2018 ist dieser Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg leider immer wieder bestätigt worden. So hatten in Hamburg 2019 etwa 10 % der Schüler:innen aus

Familien mit geringem Sozialstatus keinen Schulabschluss, während es in den oberen Schichten weniger als 2 % waren und in der Mittelschicht nur etwas über 5%. Umgekehrt fallen die Proportionen bei den Abiturquoten aus. Diese Probleme bekommt man nicht in den Griff, indem man sein Bemühen – wie die KMK – auf eine bessere Vergleichbarkeit der Abschlüsse konzentriert. Damit würde man das Pferd am Schwanz aufzuzäumen versuchen. Das zentrale Problem sind vielmehr die ungleichen Lernbedingungen. Unser zentrales Problem ist nicht die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse, sondern die Unterschiedlichkeit der Lernbedingungen.

Diese Ungerechtigkeiten kann man aber nicht allein KITA und Schule anlasten – und man überfordert sie auch mit dem Anspruch, sie aus der Welt zu schaffen. Damit Kinder von Bildungsangeboten in KITA und Schule profitieren können, müssen ihre Lebensbedingungen insgesamt verbessert werden. Dafür brauchen wir konzertierte Aktionen von Familien- und Sozialpolitik, von Stadtentwicklung und Wohnungsbau, von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, das heißt Maßnahmen, die die Kinderrechte ernst nehmen, wie sie seit 1989 in einer UN-Konvention stehen, die auch Deutschland unterschrieben hat.

A.V.: *Genügt unser selektives Schulsystem den normativen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft? Welche sind das überhaupt?*

H.B.: Respekt für die Würde jedes einzelnen und gleiche Lebenschancen unabhängig von den Zufällen der Geburt gehören zu den Eckpfeilern unseres Demokratieverständnisses. Aber unser Bildungssystem ist ein Spiegel der Gesellschaft. Das fängt mit dem Auseinanderdriften der Stadtteile an. So entmischen sich KITAs und Schulen, was die Biografien, Milieus und Lebensperspektiven betrifft. Damit werden die Lerngruppen sozial homogen, und es fehlen jeweils die Anregungen durch Kinder aus anderen Lebenswelten, aber auch die Herausforderung, mit „den anderen“ zu leben lernen. Es gibt eben massive Unterschiede in dem, was Eltern ihren Kindern an Bildungserfahrungen ermöglichen bzw. bieten können: angefangen beim Vorlesen im Kleinkindalter und reicht bis zu Computerkursen, Museumsbesuchen, Klavierstunden – und notfalls Nachhilfe. Statt „für alle dasselbe“ brauchen wir eine Art „positiver Diskrimination“:

Bessere Vergleichbarkeit der Abschlüsse beseitigt nicht sozial bedingte Unterschiede der Lernbedingungen

Öffentliche Ressourcen müssen vor allem dahin gegeben wer-



den, wo Kinder ohne ihr Verschulden benachteiligt sind. Das ist nicht nur Anspruch unseres Grundgesetzes, sondern auch im Interesse der ökonomisch Privilegierten: Denn ohne echte Berufs- und Lebenschancen für alle droht unsere Gesellschaft irgendwann auseinanderzufliegen.

A.V.: *Sie waren von 1971 bis 1973 Assistent beim Deutschen Bildungsrat. Er hat damals wichtige Schulformen in Gang gesetzt. In den letzten 10 -15 Jahren gibt es eine bildungspolitische Rückwärtsbewegung. Sorgen die von der KMK formulierten Bildungsstandards, die keine Mindeststandards, sondern Regelstandards sind, für eine Verkrustung und Einengung der Bildungsangebote an die Schülerinnen und Schüler?*

H.B.: Nicht die Regelstandards selbst, sondern ihre Bindung an gleiche Termine für alle ist das Problem. Wir beobachten bei Schulanfänger:innen Kompetenzunterschiede von rund drei Jahren in allen Bereichen: in den sprachlichen und mathematischen Vorerfahrungen, in Motorik und im Sozialverhalten. Man darf die Standards nicht als Hürden setzen, an denen diejenigen mit schlechten Voraussetzungen vorhersehbar straucheln werden. Man müsste sie als Entwicklungsaufgaben begreifen, die je nach Voraussetzung in unterschiedlichem Tempo und mit unterschiedlich viel Unterstützung anzugehen sind. Wie beim Kfz-Führerschein: klare Kompetenzanforderungen, aber Offenheit für unterschiedliche Wege dorthin – auch was den zulässigen Zeitaufwand betrifft. Und das andere Problem ist die von Ihnen angesprochene Einengung des Blicks auf die

sogenannten Hauptfächer. Wir erleben das ja gerade in der Corona-Debatte wieder: Was geprüft werden kann, hat Vorrang. Hauptsache, der „Stoff“ wird durchgenommen. Testleistungen zählen, nicht Bildungserfahrungen. Zu denen würde ja auch gehören, mit den Kindern und Jugendlichen über ihre Erfahrungen mit dem Lockdown zu reden.

A.V.: *Der Virus deckt Konstruktionsfehler des Bildungssystems auf. Könnte die Pandemie langfristig dazu beitragen, Schule von innen heraus zu verändern und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen?*

H.B.: Das wünsche ich mir sehr. Ich hoffe, dass die Schule an den neuen Herausforderungen wächst. Aktuell erlebe ich aber eher eine Überforderung durch den nur schwer zu organisierenden Alltag und ich fürchte, dass viele allein in der Digitalisierung des traditionellen Unterrichts die Zukunft sehen. Stattdessen sollte man auf die Schulen schauen, die schon bisher auf mehr Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Kinder bzw. Jugendlichen beim Lernen gesetzt haben. Diese Schüler:innen haben gelernt sich selbst Ziele zu setzen, ihre Arbeit selbstständig zu organisieren und über die Ergebnisse Rechenschaft abzugeben. Damit sind sie stärker im fachlichen Lernen, konnten sich aber auch als Persönlichkeit weiter entwickeln als andere. Und das hilft ihnen gerade in Zeiten des Distanzunterrichts besonders.

A.V.: *Demokraten fallen nicht einfach vom Himmel. Populisten sind im Vormarsch. Bildung und Demokratie sind aufs Engste miteinander verschränkt. Im Potsdamer*

Abkommen von 1945 verständigten sich die Alliierten, mit Blick auf das Bildungssystem, darauf, dass eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Idee fest im Volk verankert werden muss. Sie gingen davon aus, dass für die Verankerung der Demokratie in Deutschland längeres gemeinsames Lernen erstrebenswert sei. Ist unser derzeitiges Bildungssystem darauf ausgelegt? Welche Auswirkungen hat das auf die Demokratie in Deutschland bis heute.

H.B.: Unsere Schule ist auf Wettbewerb unter ungleichen Bedingungen ausgelegt und demütigt durch das Bewertungs- und Selektionssystem die Schwächeren: Je schlechter die Leistungen der anderen, desto eher bekomme ich gute Noten. Das ist Vorbereitung auf den Raubtierkapitalismus, nicht auf eine solidarisch funktionierende Demokratie. Politisch wirksame Haltungen werden schon in der Kindheit und Jugend angelegt. Und das fachliche Lernen befördert dieser Konkurrenzkampf auch nicht. Neues lernen kann man nur, wenn man etwas riskiert, und dazu gehört auch, Fehler machen zu dürfen. Und man muss die Möglichkeit, aber auch den Mut haben, sich Hilfe zu holen. Eigentlich ist so eine Schulklasse ja ein toller Lernraum, weil so unterschiedliche Erfahrungen, Kompetenzen und Interessen zusammenkommen. Der wechselseitige Austausch über diese vielfältigen Sichtweisen könnte so viel reichhaltiger sein als das, was ein Schulbuch oder eine Lehrperson allein einbringen können. Längeres gemeinsames Lernen in einer inklusiven Schule könnte auch zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen. Was wir brauchen ist ein Schulsystem, das einer demo-

kratischen Gesellschaft angemessen ist und der gesellschaftlichen Spaltung entgegen wirkt.

A.V.: *Es heißt, Schule soll dazu beitragen, dass junge Menschen zu mündigen Bürgern werden. Das scheint selbstverständlich und steht in jedem Schulgesetz. Doch was leisten unsere Schulen eigentlich in dieser Hinsicht? Was macht Partizipation in der Schule aus?*

Demokratie lernt man nicht, zumindest nicht allein dadurch, dass man über Rechte und Verfahren informiert wird. Mindestens ebenso wichtig sind die bereits angesprochenen Haltungen. Wer als Kind und Jugendlicher die Erfahrung macht, dass ernst genommen wird, was sie oder er einbringt, dass man an Entscheidungen mitwirken kann, wird eher selbstständig als jemand, der nur gelernt hat, Anweisungen zu folgen. Klassenrat und Schulparlament sind da ganz wichtige Institutionen im Schulleben, um die Mitsprachemöglichkeiten der Schüler:innen zu stärken.

Aber es geht auch um Selbst- und Mitbestimmung im Unterricht selbst: dass man zwischen Themen, die Reihenfolge der Aufgaben und das Arbeitstempo wählen kann. Und warum müssen immer alle dieselbe Lektüre lesen statt eines Buches, das sie inhaltlich interessiert, sodass sie den anderen anschließend etwas vorstellen oder vorlesen können, was die noch nicht kennen? Und darüber zu schreiben, was einen persönlich bewegt, was man anderen mitteilen möchte, ist eine ganz andere Motivation als ein Aufsatz zu einem vorgegebenen Thema. Lesen und Schreiben kann man an ganz verschiede-

nen Texten lernen. Und das gilt auch für viele Kompetenzen in den Naturwissenschaften, in den Fremdsprachen, in Mathematik, erst recht in den musisch-ästhetischen Fächern. Was mir dabei wichtig ist: Nicht nur die Lernmotivation ist höher, sondern auch die Erfahrung der Selbstwirksamkeit und dass man als Person gesehen wird, aber auch, dass man eigene Interessen vertreten kann und mit denen der anderen auszuhandeln lernt.

A.V.: *Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Neuorientierung eines inklusiven Bildungssystems voranzutreiben?*

H.B.: Im Grunde sind es drei Dinge, die ich schon genannt habe:

Als erstes, organisatorisch, längeres gemeinsames Lernen ohne Selektion. Nicht als Einheitsschule, in der alle zur gleichen Zeit dasselbe machen, sondern als vielfältiges Angebot, bei dem jeder die Chance hat, auch inhaltlich individuelle Profile zu entwickeln.

Zweitens, pädagogisch, mehr Raum für Mitbestimmung im Schulleben und im Unterricht.

Und drittens, didaktisch, Möglichkeiten für ein Lernen im eigenen Takt, sodass jeder von den individuellen Voraussetzungen her seinen nächsten Schritt tun kann, dabei aber auch im Austausch mit anderen lernt.

Es gibt allerorten vielversprechende Ansätze zu so einer Öffnung des Unterrichts. Die muss die Bildungspolitik unterstützen und die Pädagogik im Alltag stärker umsetzen. Anregungen dafür haben wir in unserer gerade erschienenen Streitschrift „Bildung gegen Spaltung“ vorgestellt: Was kann man schon heute in der eigenen Arbeit

tun, was muss man auf längere Sicht verbessern – jeweils in kleinen Schritten, aber auf ein klares Ziel hin? Und ich setze große Hoffnungen auf den "Bürgerrat Bildung und Lernen", den die Denkwerkstatt der Montag-Stiftungen in Bonn Ende 2020 ins Leben gerufen hat: kein Expertenclub, keine Verbandsvertreter-Versammlung, sondern eine Versammlung von durch Los bestimmten Bürger:innen. Durch das sorgfältige Auswahlverfahren werden Menschen eingeladen, die einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen. Sie dürfen darüber beraten, wie sich unser Bildungssystem weiter entwickeln soll. Vorbereitet wird dieser Bürgerrat durch eine Online-Befragung, bei der alle mitmachen und inhaltliche Beiträge leisten können.

www.buergerrat-bildung-lernen.de

Was dieser Bürgerrat letztlich bewirken kann, weiß heute niemand. Aber Erfahrungen auf kommunaler Ebene und in anderen Ländern zeigen, dass Bürgerräte öffentlichen Druck und damit harte Begründungszwänge für die Politik erzeugen können. Und wenn ein „Bürgerrat Bildung und Lernen“ über die handfesten Lebenserfahrungen der Beteiligten neue Blicke auf den Bildungsalltag und seine Schwächen eröffnet, kann das dazu beitragen, die unbestreitbaren Ungerechtigkeiten in unserem System und seinem Alltag ernsthafter anzugehen.